

## „Kinderrechte in die Verfassung“

### Große Resonanz auf Einladung zum Thema „Kinderarmut“

mm Nordhorn. „Kinderrechte gehören in die Verfassung“, da sind sich die Vertreter verschiedener Verbände auf dem Podium in der Kapelle des Klosters Frenswegen einig. Etwa 100 Interessierte sind gekommen, um auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Steinecke Meinungen zum Thema „Kinderarmut“ zu hören und auch selbst mit zu diskutieren.

Für Dieter Steinecke ist das Ziel klar: „Wir alle haben gelesen, dass die Grafschaft die fahrradfreundlichste Kommune ist. Wäre es nicht toll, wenn wir auch der kinderfreundlichste Landkreis wären?“ Nach Ansicht von Steinecke ist der Weg dorthin nicht nur mit Unterstützungszahlungen zu bauen. Die wesentlichen Ursachen von Armut und Ausgrenzung liegen nach Ansicht von Steinecke in den Bereichen Arbeit, Bildung und finanziellen Mitteln. Eine große Rolle spiele dazu ein integriertes Beratungssystem. Wenn Eltern Arbeit haben, sei das immer noch das beste Mittel gegen Armut.

In diesem Zusammenhang spricht sich Steinecke auch vehement für einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn aus; bundesweit und in allen Branchen. In Bezug auf staatliche Zuzahlungen zu geringen Löhnen sagt der Parlamentarier: „Arbeitgeber, die Hunderlöhne zahlen und den Staat aus Steuermitteln kofinanzieren lassen, dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden.“

Nach Ansicht von Rolf Stöckel, Kinder-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, lässt sich Kinderarmut nicht allein mit den Hartz-IV-Gesetzen begründen. Stöckel plädiert für einen nationalen Pakt gegen Kinderarmut, in den die Kommunen, das Land und der Bund ebenso mit ihren Fördermöglichkeiten eingebunden werden sollen, wie die Zivilgesellschaft mit Unterstützungsmöglichkeiten durch Eltern, Nachbarn und Verbänden.

Johann Weng vom Paritätischen sagt hingegen eindeutig: „Durch Hartz-IV wächst die Kinderarmut, der Regelsatz reicht nicht.“ Wenn in der Förderung kein Geld für Schulsachen enthalten sei, dann stimme mit dem Regelsatz etwas nicht. Weng wirbt zudem für eine Teilnahme am Grafschafter Arbeitskreis Armut, der für alle Interessierten offen steht.

Ganz praktische Arbeit vor Ort macht der Kinderschutzbund. Dazu gehören nach Darstellung von Klaus Coners zum Beispiel Kochkurse für Mahlzeiten, die man mit wenig Geld zubereiten kann. Projekte vor Ort sind auch ein Anliegen von Helga van Slooten vom Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen (AsF). Dazu zählt sie etwa einen Schulbeihilfefonds, aus dem Mittagessen und Unterrichtsmaterialien gefördert werden können, und einen Service von Familienhebammen für Krisensituationen. Zusätzlich wird eine Betreuung von Familien in den ersten sieben Tagen nach der Geburt eines Kindes angestrebt.

Der evangelisch-reformierte Präses Manfred Meyer plädiert unter anderem auch für einen Ausgleich durch Solidarität in der Gesellschaft. Das gilt für ihn ausdrücklich „nicht nur von Staats wegen, sondern auch im familiären Bereich“. Zudem hört Kinderarmut für Präses Meyer nicht an den Grenzen eines Landes auf.